DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFT 28.05.2026 | Marc Frings

Gott gegen Google

Der Papst stellt die Machtfrage zur Künstlichen Intelligenz – und wirkt dabei klarer als viele europäische Regierungen.

Der Papst hat die vielleicht wichtigste politische Frage zur Künstlichen Intelligenz gestellt: Wer kontrolliert die digitale Ordnung der Zukunft – und wem dient sie? Während europäische Regierungen die KI-Debatte meist technokratisch oder wirtschaftspolitisch führen, formuliert Leo XIV. in seiner ersten Enzyklika eine grundlegende Kritik an Machtkonzentration, Datenkontrolle und digitaler Ungleichheit. Damit füllt er eine Leerstelle, die die demokratische Politik bislang offenlässt.

Dass Leo XIV. diese Rolle offensiv annimmt, haben bereits die letzten Wochen und Monate gezeigt. Nach dem öffentlich ausgetragenen Konflikt mit US-Präsident Donald Trump über den Iran-Krieg scheut der Papst nun auch nicht die Konfrontation mit der Tech-Industrie. Mit seiner ersten Enzyklika *Magnifica Humanitas* greift er nicht nur in die Debatte über Künstliche Intelligenz ein, sondern stellt grundlegende Fragen nach Macht, Kontrolle und gesellschaftlicher Verantwortung im digitalen Zeitalter.

Während Brüssel und Berlin auf viele geopolitische und technologische Umbrüche erstaunlich defensiv reagieren, stellt Leo XIV. die Machtfrage, ohne dabei die der katholischen Kirche innewohnenden Werte aus dem Blick zu verlieren. Er interessiert sich zunächst dafür, wem diese Technologie dient und wer sie kontrolliert. Konsequent rückt er deshalb nicht die Technik, sondern den Menschen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Genau darin liegt eine Leerstelle der deutschen Debatte, der es bislang nicht gelingt, die digitale Veränderung ohne extreme Szenarien zu deuten.

Künstliche Intelligenz wird aus Sicht des Papstes zum Ausdruck sozialer und politischer Macht.

Nicht nur des Namens wegen erfolgte die Unterschrift unter die Enzyklika am 135. Jahrestag des Lehrschreibens *Rerum novarum*, das Papst Leo XIII. am Ende des 19. Jahrhunderts verfasste. Diese Enzyklika war eine zentrale sozialethische Antwort auf die

industrielle Revolution und ihre Folgen für Arbeit, Kapital, Armut und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Fabriken, Maschinen und industrielle Produktionsweisen veränderten damals Gesellschaften grundlegend. Heute übernehmen Daten, Plattformen und lernende Systeme eine vergleichbare intervenierende Rolle. Leo XIV. knüpft bewusst an diese Tradition an. Er überträgt zentrale Überzeugungen der katholischen Soziallehre auf die digitale Gegenwart – und erweitert sie zugleich etwa um das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. KI wird aus Sicht des Papstes zum Ausdruck sozialer und politischer Macht.

Gerade deshalb sollte die Enzyklika auch als Beitrag zur Verteidigung und Stärkung demokratischer Prozesse und politischer Verantwortung gelesen werden. Früher wurden große Infrastrukturen meist staatlich geplant oder zumindest sichtbar politisch verantwortet. Heute verfügen Konzerne wie Google, Microsoft oder Meta über Datenbestände, Rechenkapazitäten und finanzielle Ressourcen, die deutlich über staatliche Möglichkeiten hinausgehen. Die KI-Debatte ist deshalb längst keine reine Technologiefrage mehr. Sie ist eine Machtfrage.

Leo XIV. formuliert das so: „Technologie kann heilen, verbinden, bilden und unser gemeinsames Haus schützen, aber sie kann auch spalten, ausgrenzen und neue Ungerechtigkeiten hervorbringen." Und weiter: „Abstrakt betrachtet ist sie per se weder eine Lösung für die Probleme der Menschheit noch ein Übel. Konkret betrachtet aber ist sie nicht neutral, weil sie die Züge derer annimmt, die sie konzipieren, finanzieren, regulieren und nutzen." Darin steckt eine deutliche Absage an die Vorstellung technologischer Neutralität. Gleichzeitig irritierte bei der Vorstellung der Enzyklika am 25. Mai durchaus, dass mit Christopher Olah ausgerechnet ein prominenter Vertreter der KI-Branche direkt neben dem Papst saß. Ob darin bereits ein ernsthafter Dialog zwischen moralischer Autorität und technologischer Macht sichtbar wird, bleibt offen. Olah jedenfalls gab zu erkennen, dass er die Tech-Branche selbst für nicht in der Lage hält, eine Moral der KI zu entwerfen. Dafür, so sagt er, brauche es die Kompetenz anderer. Einig sind sich Papst und Olah zweifelsohne im kritischen Blick auf die aktuelle US-Regierung, denn Olahs Konzern Anthropic lehnte – sehr zum Missfallen von Präsident Trump – eine Zusammenarbeit zur Nutzung von KI bei autonomen Waffensystemen ab.

Auffällig ist, dass Leo XIV. keine technikfeindliche Schrift vorgelegt hat.

Fortschritt wird ausdrücklich positiv bewertet – allerdings unter einer Bedingung: Er muss Menschenwürde, Freiheit und Gemeinwohl dienen. Gerade dadurch wird der Text über das katholische Milieu hinaus interessant. Besonders deutlich wird das beim Eigentumsbegriff. Leo XIV. schreibt: „Zu den Gütern, die universal für alle bestimmt sind, müssen wir heute auch die neuen Formen des Eigentums zählen: Patente, Algorithmen, digitale Plattformen, technologische Infrastrukturen, Daten." Damit verschiebt sich die Debatte weg von individuellen Nutzungsrisiken hin zu einer ordnungspolitischen Grundfrage: Wer kontrolliert die digitalen Räume der Zukunft? Und welche Regeln gelten dort?

Der Papst verbindet diese Fragen ausdrücklich mit einem christlichen Menschenbild. Wer über Daten, Algorithmen und Kapital verfügt, beeinflusst gesellschaftliche Möglichkeiten, öffentliche Kommunikation und letztlich auch menschliche Entwicklung. Letztere ist Leo XIV. ausgesprochen wichtig, widmet er ihr doch einen ganzen Abschnitt.

Deutschland und Europa wirken im Umgang mit KI orientierungslos.

Deutschland und Europa wirken im Umgang mit KI zuweilen orientierungslos. Wer KI ausschließlich als Bedrohung für den eigenen Industriestandort betrachtet, überlässt die gesellschaftliche Erzählung am Ende den großen Technologiekonzernen selbst. Gerade deshalb ist es so wertvoll, dass Leo XIV. Fragen stellt, die in politischen Debatten oft zu kurz kommen: Welche Gesellschaft entsteht, wenn zentrale digitale Infrastrukturen von wenigen privaten Akteuren kontrolliert werden? Welche demokratischen Gegenkräfte braucht es, damit technologischer Fortschritt nicht nur ökonomischer Machtzuwachs bleibt?

In der Enzyklika heißt es: „Die Wahrheit ist ein Gemeingut und nicht das Eigentum derer, die Macht oder Sichtbarkeit besitzen." Daraus leitet Leo XIV. die Forderung nach einer „Ökologie der Kommunikation" ab. Gemeint ist eine öffentliche Ordnung, die Transparenz schafft, personenbezogene Daten schützt und demokratische Vermittlungsinstanzen stärkt. Zu ihr zählt der Papst im Folgenden beispielsweise starke intermediäre Körperschaften (zu denen sich Parteien und Kirchen gleichermaßen zählen sollten!), seriösen Journalismus, Bildungsarbeit in Familien und Schulen. Die Schule solle nicht versuchen, „der Geschwindigkeit der digitalen Welt nachzujagen", sondern Räume schaffen für „gemeinsame Zeit für das Lernen und verlässliche Beziehungen". Der Gedanke wirkt deshalb so aktuell, weil

gerade viele Demokratien an genau dieser Beschleunigungserfahrung scheitern.

In einer geopolitischen Lage, in der autoritäre Kräfte den Multilateralismus und die regelbasierte Ordnung zunehmend herausfordern, gewinnt die moralische Stimme des Papstes großes Gewicht. Leo XIV. tritt dabei nicht als Politiker auf. Aber er formuliert politische Orientierung: „Wenn die Technik zum absoluten Maßstab wird, läuft der Mensch Gefahr, als Rädchen in einer Maschine oder als Ware behandelt zu werden“, schreibt er. Damit widerspricht er der Vorstellung, technologischer Wandel sei alternativlos.

Genau darin liegt die eigentliche Provokation dieser Enzyklika. Sie zeigt nicht nur, dass die katholische Soziallehre auf die digitale Gegenwart angewandt werden kann. Sie zeigt vor allem, wie groß die Leerstelle ist, die demokratische Politik bislang lässt. Wenn ausgerechnet der Papst klarer als viele Regierungen fragt, wem KI dient, wem sie gehört und wer sie kontrolliert, dann ist das weniger ein kirchlicher Sonderfall als ein politisches Warnsignal. Die Machtfrage der Digitalisierung wird nicht verschwinden, nur weil Politik sie technokratisch verwaltet.



Marc Frings
Berlin

Marc Frings ist Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Er studierte Politikwissenschaft sowie Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Marburg.